

ersatzkasse report.



IN DIESER AUSGABE SOZIALWAHL 2017 | MORBI-RSA reformieren | INNOVATIONSFONDSPROJEKT CoCare Baden-Württemberg | GESUNDHEIT ist Thema der Zukunft | PRÄVENTION | DEMENZ | DAS KANN SELBSTHILFE

BADEN-WÜRTTEMBERG

VERBAND DER ERSATZKASSEN. MÄRZ 2017

SOZIALWAHL 2017

Sie sind gefragt,
bitte wählen Sie!

Sozialwahl
2017

Für Gesundheit & Rente



Die Vorbereitungen für die Sozialwahl 2017 gehen auf die Zielgerade. Im Frühjahr erhalten viele Bürger per Post ihre Wahlunterlagen und können bei der Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung ihre Stimme abgeben. Die Briefe werden zwischen dem 10. April und dem 11. Mai 2017 versendet. Damit die Stimme gezählt werden kann, müssen die ausgefüllten Wahlunterlagen bis zum 31. Mai 2017 eingegangen sein. Obwohl es sich bei den Sozialwahlen um die drittgrößte Wahl nach der Bundestagswahl und der Wahl zum EU-Parlament handelt, ist vielen Versicherten nicht klar, wie wichtig ihre Stimme ist. Wer wählt, nimmt Einfluss und bestimmt bei Fragen mit, die jeden etwas angehen: zum Beispiel bei der Gestaltung des Zusatzbeitrages oder bei Widerspruchsangelegenheiten. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.sozialwahl.de.

GESUNDHEITSPOLITIK

Sich gesundheitspolitisch austauschen und Weichen stellen

Derzeit werden von den Krankenkassen und ihrem Verband viele komplexe und kostspielige Gesetze umgesetzt. Diese wurden vom Bundesgesundheitsminister und dem Parlament beschlossen. Ein willkommener Anlass, sich mit dem Sozialminister auszutauschen.

Diese Gelegenheit nahmen am 23. Februar die Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Ersatzkassen (vdek), Ulrike Elsner, und der Leiter der vdek-Landesvertretung, Walter Scheller, wahr. Sie trafen sich mit dem Minister für Soziales und Integration, Manne Lucha MdL, in seinem Amtssitz in der Schellingstraße. In den letzten Monaten sind eine Vielzahl von Gesetzen beschlossen worden. Etwa das Präventionsgesetz, das Versorgungsstärkungsgesetz oder das Krankenhausstrukturgesetz, zudem das E-Health-Gesetz und Änderungen im Bereich der Versorgung mit Medikamenten sowie das Gesetz zur Stärkung der Heil- und Hilfsmittelversorgung. Deziert wurde über den erheblichen Aufwand bei der Umsetzung des Pflegestärkungsgesetzes II gesprochen, der eine Vielzahl von Vertragsumstellungen notwendig macht. Diese Herausforderungen werden sich nur im konstruktiven Miteinander der maßgeblichen Akteure bewältigen lassen. Gleiches gilt für die Weiterentwicklung landesspezifischer Angebote und Strukturen.

Ein weiteres Thema war der Morbi-RSA. „Die Ersatzkassen begrüßen, dass die Politik mit dem Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz (HHVG) auch die Weichen für die dringend notwendigen Reformen des Morbi-RSA stellt“, so Ulrike Elsner, Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Ersatzkassen e. V. (vdek). Die Verantwortlichen haben erkannt, dass der Morbi-RSA zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Krankenkassen führe und reformiert werden müsse.

Nach der Anhörung des Gesetzes am 13. Februar 2017 im Gesundheitsausschuss des Bundestags habe die Bundesregierung nun auch wesentliche Forderungen der Ersatzkassen zu den Morbi-RSA-relevanten Regelungen aufgegriffen. Dies betrifft vor allem die zeitnahe Bereitstellung von sogenannten Regionalkennzeichen ab dem 1. Juli 2017, um mit dieser Erhebung für das Jahr 2016 die unterschiedlichen Versorgungs- und Kostenstrukturen der Krankenkassen auf dem Land und in den Städten analysieren zu können. Diese Daten seien erforderlich, um



KOMMENTAR

Warum ich wähle

FOTO: vdek



von
WALTER SCHELLER
Leiter der
vdek-Landesvertretung
Baden-Württemberg

Die Versichertenvertreter in der Selbstverwaltung engagieren sich als Versichertenberater vor Ort, überprüfen die Entscheidungen in den Widerspruchsausschüssen oder entscheiden über viele Satzungsleistungen der Ersatzkassen. Sie beteiligen sich auch aktiv am politischen Diskurs, zum Beispiel zur Reform der Pflegeversicherung. Ohne die Selbstverwaltung werden Entscheidungen über Fusionen und Haushalt nicht getroffen. Ich zahle jeden Monat meine Versicherungsbeiträge und will somit einfach mitbestimmen. In einer Demokratie gehört für mich Wählen einfach dazu. Für mich steht außer Frage, dass der Politik die Zukunft von Rente und Gesundheit nicht alleine überlassen werden darf. Für mich war und ist die Selbstverwaltung im Übrigen immer näher am Menschen als die staatliche Verwaltung. Darüber hinaus möchte ich mit meiner Stimme ein Zeichen für soziale Sicherheit setzen. Die Rente und die Gesundheit sind für mich wichtige Zukunftsthemen. Meine gewählten Vertreter kontrollieren die Finanzen der Sozialversicherungsträger. Auch in schwierigen Zeiten möchte ich mich auf eine Renten- und Krankenversicherung verlassen können. Ich möchte einfach einen starken und fairen Sozialstaat. Gehen Sie also bitte wählen und geben Sie Ihre Stimme bis zum 31. Mai 2017 per Briefwahl ab.



FOTO: Ministerium für Soziales und Integration, Baden-Württemberg

BUND UND LAND IM GESPRÄCH. Manne Lucha MdL/Minister für Soziales und Integration, Ulrike Elsner/vdek-Vorstandsvorsitzende und Walter Scheller/Leiter der vdek-Landesvertretung (von rechts nach links) im Stuttgarter Ministerium in der Schellingstraße.

im nächsten Schritt den Morbi-RSA um eine sogenannte Versorgungsstrukturkomponente zu erweitern – eine wesentliche Forderung der Ersatzkassen, erklärte Elsner. „Die Daten liegen damit rechtzeitig vor, sodass der wissenschaftliche Beirat beim Bundesversicherungsamt (BVA) diese Thematik in seinem Sondergutachten untersuchen kann. Das erwarten die Ersatzkassen“, bekräftigte die vdek-Vorstandsvorsitzende.

„In Sachen Morbi-RSA dürfen wir keine Zeit mehr verlieren. Damit die nächste Bundesregierung in der kommenden Legislaturperiode handlungsfähig sein kann, müssen die Weichen jetzt richtig gestellt werden.“

Hintergrund

Gemeinsam mit den Betriebs- und In-nenkrankenkassen fordern die Ersatzkassen grundlegende Reformen des Morbi-RSA. Fehlstellungen führen seit Jahren zu erheblichen Wettbewerbsverzerrungen, die zulasten der Versicherten gehen. Im Jahr 2015 betrug die Unterdeckung allein bei den Ersatzkassen minus 644 Millionen Euro, während eine andere Kassenart eine Überdeckung von über einer Milliarde Euro aufweisen konnte. Das Bundesministerium für Gesundheit hat ein Sondergutachten bis zum 30. September 2017 in Auftrag gegeben, um die Wirkungen des Morbi-RSA zu analysieren. ■

25 JAHRE VDEK-LV

vdek-Fotoausstellung „Das kann Selbsthilfe!“



Der Mensch ist die beste Medizin des Menschen“, besagt ein nigerianisches Sprichwort. Genau das ist Sinn, Ziel und Wesen der gesundheitlichen Selbsthilfe. Dazu kommt noch der Aspekt der Gegenseitigkeit: einander zuhören, sich helfen, gemeinsam aktiv sein. In Baden-Württemberg gibt es etwa 1.800 Gruppen für die verschiedensten körperlichen und psychischen

Erkrankungen und Behinderungen. Um die Vielfalt der Selbsthilfeaktivitäten darzustellen, hatte der Verband der Ersatzkassen (vdek) den Fotowettbewerb „Was kann Selbsthilfe?“ unter der Schirmherrschaft von Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe ausgeschrieben. Einige Antworten gibt die Ausstellung „Das kann Selbsthilfe!“. Die Wanderausstellung ist vom 26. April bis 5. Mai 2017 in Stuttgart im Foyer der Kassenzentralen der Kassenzentralen Baden-Württemberg zu sehen. Der Eintritt ist frei.

Innovationsfondsprojekt CoCare Baden-Württemberg

Die Pflegeheimversorgung soll künftig verbessert werden. Mit diesem Ziel startet am 1. April das neue Projekt CoCare in Baden-Württemberg mit allen gesetzlichen Krankenkassen (GKV) und ihren Verbänden.

QUELLE: Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg



Die Federführung des Projekts hat die Kassenärztliche Vereinigung Baden-Württemberg. Beteiligt sind neben der GKV das Zentrum für Geriatrie und Gerontologie (ZGGF) und die Sektion Versorgungsforschung und Rehabilitationsforschung (SEVERA) der Universitätsklinik Freiburg sowie die nubedian GmbH in Karlsruhe. Das FZI Forschungszentrum Informatik am Karlsruher Institut für Technologie ist als weiterer Partner am Projekt beteiligt.

Vermeidbare Krankenhauseinweisungen reduzieren

Im Rahmen des Projekts wollen die Projektpartner Maßnahmen erproben, um die ärztliche Versorgung in vollstationären Pflegeheimen zu optimieren. Vor allem aber sollen vermeidbare Krankenhauseinweisungen und Krankentransporte reduziert werden, die nicht nur Kosten für das Gesundheitssystem, sondern auch eine enorme Belastung für die Bewohner der Pflegeheime darstellen. Hierzu sollen der Informationsfluss verbessert und die Zusammenarbeit zwischen den Haus- und Fachärzten sowie den Pflegeheimen intensiviert werden. Vorgesehen ist unter

anderen eine gemeinsame Patientenakte, auf die sowohl das Pflegeheim als auch die Ärzte in ihren Praxen zugreifen können. Weiter umfasst das Leistungsangebot gemeinsame haus- und fachärztliche Visiten durch Ärzte und Pflegeheimkoordinatoren, Ärzteteams zur koordinierten ärztlichen Versorgung, interdisziplinäre Fallkonferenzen, gemeinsame Schulungen und Quartals- und Jahresgespräche sowie ein koordiniertes Medikations- und Kathetermanagement. Gleichzeitig sollen die teilnehmenden Ärzte besser für die Versorgung in den Heimen erreichbar sein.

4.000 Pflegeheimbewohner profitieren

Das Projekt wird in den Landkreisen Böblingen, Rottweil, Ludwigsburg und dem Neckar-Odenwald-Kreis stattfinden. Ab dem vierten Quartal 2017 können alle gesetzlich versicherten Bewohner in teilnehmenden Pflegeeinrichtungen

mit dem erweiterten Leistungsangebot versorgt werden. Insgesamt sollen etwa 4.000 Pflegeheimbewohner in 80 vollstationären Pflegeheimen im Rahmen des Projekts versorgt werden. Die Teilnahme ist für die Ärzte wie für die Versicherten freiwillig und kostenlos. Als Kontrollgruppe werden etwa 40 Pflegeeinrichtungen im Enzkreis, der Stadt Pforzheim und dem Zollernalbkreis in das Projekt mit einbezogen. Sie dienen als wissenschaftliche Kontrollgruppe für die Evaluation.

Das Projekt wird mit rund 8,3 Millionen Euro aus dem Innovationsfonds des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) gefördert und ist auf einen Zeitraum von drei Jahren angelegt. Ziel des Innovationsfonds ist es, neue Versorgungsformen, die eine Verbesserung der sektorenübergreifenden Versorgung zum Ziel haben und hinreichendes Potential aufweisen, dauerhaft in die Versorgung aufgenommen zu werden, zu identifizieren und finanziell zu fördern. ■

GESUNDHEITSPOLITISCHE VERANSTALTUNG

Professor Josef Hecken, Unparteiischer Vorsitzender des G-BA, kommt am 5. Juli 2017 nach Stuttgart

Die B 52-Verbändekooperation Baden-Württemberg wird sich in diesem Jahr im Hospitalhof Stuttgart mit dem Thema „Innovation im Gesundheitswesen – zwischen Fortschritt, Evidenz und Wirtschaftlichkeit“ befassen. Hierbei geht es um den möglichen Zielkonflikt zwischen dem Wunsch nach umfassender Versorgung, die alle zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ausschöpft, die Finanzierbarkeit des Gesundheitswesens, aber auch die ethischen – respektive gesellschaftlichen Grenzen der „Technologisierung“ im Gesundheitswesen.

Gesundheit ist Thema der Zukunft

Dieses Mal war Sozialminister Manne Lucha MdL als Redner zu Gast. Er warf vor 170 Akteuren aus dem baden-württembergischen Gesundheitswesen einen optimistischen Blick auf das Jahr 2017. Gesundheitspolitik ist eine Gemeinschaftsaufgabe – dies wurde bei der Rede von Minister Manne Lucha deutlich. Der Neujahrsempfang soll die Partner im Gesundheitswesen auf das gesundheitspolitische Jahr einstimmen.

Seit vielen Jahren wird der Empfang von der B 52-VerbändeKooperation, einer Arbeitsgemeinschaft des BKK Landesverbandes Süd, der IKK classic, der Knappschaft – Regionaldirektion München und des Verbandes der Ersatzkassen Baden-Württemberg (vdek) im Stuttgarter Literaturhaus organisiert.

Ermutigende Zeichen

Der Minister für Soziales und Integration in Baden-Württemberg dankte den rund 170 Gästen aus dem Gesundheitswesen für das konstruktive Miteinander und den „sachlich-fachlichen Umgang“. Das sei für die Zukunft sehr ermutigend.

Auf dieser Basis warf Lucha einen Blick auf das Jahr 2017 und benannte die

anstehenden Themen: Telemedizin solle dort umgesetzt werden, wo sie Chancen für Patienten und Leistungserbringer biete, beispielsweise bei der Telesprechstunde oder bei der Vernetzung der Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Ärzte. Gleichzeitig äußerte er sich kritisch zu aktuellen Entwicklungen im Apothekenversandhandel: „Wir wollen, dass eine flächendeckende, ortsnahe und gleichmäßige Versorgung der Menschen durch niedergelassene Apotheken auch künftig sichergestellt ist. Dafür müssen die Apotheken konkurrenzfähig bleiben.“

Krankenhäuser im Fokus

An der Umsetzung des Krankenhausstrukturfonds arbeite das Land mit Hochdruck:

Baden-Württemberg werde die ihm zustehenden Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds komplett abschöpfen. Dazu sei eine Ko-Finanzierung aus dem Landeshaushalt in Höhe von knapp

»Danke für das konstruktive Miteinander und den sachlich-fachlichen Umgang. Das ist für die Zukunft sehr ermutigend.«

64 Mio. Euro erforderlich. „Wir wären sogar in der Lage, wenn andere Bundesländer ihre Gelder zurückgeben, in weitere Projekte einzusteigen“, betonte Lucha. Dabei gelte es, bei der Krankenhausentwicklung im Land „ganz exakte Einzelfallbetrachtungen“ zu betreiben, um die Krankenhäuser für die Zukunft stark zu machen. Ergänzend zur Krankenhausentwicklung solle die Notarztversorgung verbessert werden: „Rettungswagen der Zukunft müssen rollende Intensivstationen sein.“ Für die Krankenhausinvestitionen wolle das Land in 2017 noch mehr Geld in die Hand nehmen als bisher – „auf die höchste Investitionsförderung, die ein Landeshaushalt je hatte“.

Gesundheitskonferenzen

Bei der weiteren Stärkung von Gesundheit als gesamtgesellschaftliches Thema setzt Lucha unter anderem auf die mittlerweile etablierten Strukturen der Zusammenarbeit, wie die Gesundheitskonferenzen. Darüber hinaus müsse es darum



FOTOS (v) Silfida Roth

LANDTAGSPRÄSIDENTIN UND SOZIALMINISTER KAMEN GERNE ZUM EMPFANG. Anton Hauptenthal/Leiter der Krankenkasse Knappschaft – Regionaldirektion München, Muhterem Aras MdL/Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg, Walter Scheller/Leiter der vdek-Landesvertretung, Jacqueline Kühne/Vorstand BKK LV Süd und Manne Lucha/Minister für Soziales und Integration MdL (von links nach rechts).



SOZIAL- UND INTEGRATIONSMINISTER MANNE LUCHA MDL (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN) erläutert über 170 Akteurinnen und Akteure des baden-württembergischen Gesundheitswesens seine Gesundheitspolitik.

gehen, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu festigen und alle Menschen mitzunehmen.

Sektorengrenzen überwinden

„Nicht nachlassen“, sei ein gutes Motto für 2017, denn es gehe darum, die Kernaufgabe im Gesundheitswesen der nächsten Jahre anzugehen: die Überwindung der Sektorengrenzen und die Verschmelzung von stationären und ambulanten

Versorgungsangeboten, erklärte Anton Hauptenthal von der B 52-Verbändekooperation Baden-Württemberg. Gleichzeitig müsse man die Menschen für ihre Gesundheitsvorsorge direkt in ihren Lebensbereichen erreichen. Für die Nähe zum Menschen sei der B 52-Förderpreis „Gesunde Kommune“ ein gelungenes Beispiel. Erst am Tag zuvor hatte die Jury weitere fünf Städte und Gemeinden für ihre vorbildlichen gesundheitsfördernden Projekte im Jahr 2016 ausgezeichnet. ■

PROJEKTBERICHT

Personalisierte Medizin



Die Projektgruppe hatte mit der Erarbeitung des Berichtes im Februar 2016 begonnen. Im Juli 2016 wurde ein Workshop durchgeführt. Der vor-

liegende Bericht zum Sachstand der Personalisierten Medizin in Baden-Württemberg, der unter Mitwirkung des vdek entstanden ist, gibt den Diskussionsprozess von Betroffenen und Akteuren sowie den betroffenen Patientengruppen und den Behandlern, Diagnostikern sowie auch Krankenkassen des Landes Baden-Württemberg wieder. Der Bericht kann unter <http://gesundheitsdialog-bw.de/landesgesundheitskonferenz/rueckblick-2016/publikation/Publikationen/download/dokument/sachstandsbericht-fuer-die-lgk-anlage-zu-top-5/> abgerufen werden.



TRADITIONELLER ORT DES GESUNDHEITSPOLITISCHEN EMPFANGS: Das Vinum im Literaturhaus in der Breitscheidstraße in Stuttgart.

Prävention und Gesundheitsförderung Bisher 27 Kommunen ausgezeichnet

Wer lebt nicht gerne in einer Kommune mit einem gesunden Umfeld? Seit 2013 loben die Krankenkassenverbände im Südwesten den Förderpreis aus. Über die Jahre wurden 27 Kommunen von der B 52-Verbändekooperation prämiert.

Nun stellt sich der Lohn für das Engagement erfolgreich durchgeführter kommunaler Projekte ein. 2016 heißen die fünf Preisträger für den von der B 52-Verbändekooperation Baden-Württemberg ausgeschriebenen Förderpreis „Gesunde Kommune“: die Gemeinde Rangendingen im Zollernalbkreis, die Stadt Bruchsal im Landkreis Karlsruhe, die Gemeinde Riegel im Landkreis Emmendingen und die Gemeinde Hohenstein im Landkreis Reutlingen sowie die Stadt Weinheim im Rhein-Neckar-Kreis. Initiatoren des Förderpreises sind die Krankenkassen des BKK Landesverbandes Süd, der IKK classic, der Knappschaft und des Verbands der Ersatzkassen, vdek-Landesvertretung Baden-Württemberg. Sie haben die Setting-Ansätze nach § 20 SGB V in den Kommunen mit jeweils 5.200 Euro honoriert. Seit 2013 wurden nunmehr insgesamt 27 Kommunen ausgezeichnet.

Gelebte Prävention und Gesundheitsförderung in Baden-Württemberg

So konnte die Gemeinde Rangendingen mit ihrem Projekt „Sport und Bewegung für alle“ die Jury-Mitglieder überzeugen. Die Stadt Bruchsal setzte mit ihrem Projekt „Neues Altern in der Stadt Bruchsal“ einen sehr erfolgreichen Akzent. Die Gemeinde Riegel wurde mit ihrem Projekt „Gesund aufwachsen und leben in Riegel“ ebenso Preisträgerin wie die Gemeinde Hohenstein mit ihrem Projekt „Gesunde Gemeinde Hohenstein“. Die Stadt Weinheim konnte die fachkundige Jury mit ihrem Projekt „Kinder der Nordstadt erkunden ihre Bewegungsräume“ überzeugen. Die Resonanz auf die Auslobung des Förderpreises für das Jahr 2016 mit zehn Bewerbungen belegt die Attraktivität des Förderpreises. Gleichzeitig ist der Förderpreis ein Beleg dafür, wie engagiert, kreativ und vielfältig auf kommunaler Ebene an dem Thema Gesundheit gearbeitet wird. Um diesen Schwung weiter mitzunehmen, wird die Verbändekooperation im Südwesten auch für das Jahr 2017 erneut den Förderpreis „Gesunde Kommune“ ausschreiben – bereits zum fünften Mal.

Die Jury mit Vertretern der beteiligten Krankenkassen, der kommunalen Spitzenverbände und des Landesgesundheitsamtes hatten sich in ihrer Sitzung am 18. Januar 2017 intensiv mit allen Bewerbungen für den B 52 Förderpreis „Gesunde Kommune

2016“ befasst. Neben der Übereinstimmung mit dem Präventionsleitfaden der gesetzlichen Krankenversicherung wurden vor allem die Kreativität und die Nachhaltigkeit bei der Umsetzung gesundheitsförderlicher und präventiver Konzepte bewertet. So konnten nach intensiver fachlicher Prüfung an insgesamt fünf Bewerber die mit jeweils 5.200 Euro dotierte Auszeichnung vergeben werden. Die Gemeinden und Städte wurden bereits von der B 52-Verbändekooperation Baden-Württemberg über die Entscheidung unterrichtet. Vor Ort soll unter medialer Begleitung nunmehr auch „die Ernte eingefahren“ werden.

Landesgesundheitsgesetz verpflichtet

Mit dem Inkrafttreten des Landesgesundheitsgesetzes Ende 2015, gibt es nunmehr in allen Stadt- und Landkreisen verbindliche, so genannte Kommunale Gesundheitskonferenzen. Das Vorhandensein einer kommunalen Gesundheitskonferenz war und ist im Übrigen schon immer eine Bedingung der Verbändekooperation B 52 gewesen, sich am Förderpreis „Gesunde Kommune“ überhaupt beteiligen zu können. Damit unterstützten die Krankenkassen mit ihren Verbänden die Bestrebungen des Landes.

Die Wettbewerbsmodalitäten und die Ausschreibungsbedingungen sowie die Unterlagen für den Förderpreis „Gesunde Kommune 2017“ finden Sie unter www.arge-b52.de. ■



FOTO: StädteTAG Baden-Württemberg



FOTO: GemeindefTAG Baden-Württemberg

DER FÖRDERPREIS „GESUNDE KOMMUNE“ steht unter der Schirmherrschaft von Dr. Dieter Salomon / Präsident des StädteTAG Baden-Württemberg (links) und Roger Kehle / Präsident des GemeindefTAG Baden-Württemberg (rechts).

Bewegung – auch für den Kopf!

Sektoren übergreifend denken und handeln, d. h. umsetzen! Nicht nur allein darüber sprechen, praktisch werden. Alle wesentlichen Akteure ins Boot nehmen, das ist ein zentraler Ansatz des Verbands der Ersatzkassen.

Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha MdL sprach für das Land, für die mitfinanzierenden Pflegekassen bewertete Frank Winkler vom Verband der Ersatzkassen (vdek) die zentralen Ergebnisse des Projekts „Bewegung – auch für den Kopf“.

Die positive Wirkung von Bewegung für Menschen mit kognitiven Einschränkungen und beginnender Demenz ist mittlerweile unbestritten. Doch welchen Einfluss haben einzelne Trainingsformen wie Kraft, Ausdauer und Koordination auf die kognitiven und motorischen Funktionen? Und wie können Menschen mit leichten kognitiven Einschränkungen in Bewegung gebracht werden? Dies hat das von den Universitäten Stuttgart und Münster wissenschaftlich begleitete und bei der Sportvereinigung Feuerbach durchgeführte Projekt „Bewegung – auch für den Kopf“ untersucht, das vom Sozial- und Integrationsministerium Baden-Württemberg und den Pflegekassen gefördert wurde.

Erkenntnis des Projekts

Demenzpatienten profitieren von kognitivem und motorischem Training. Zentrale Ergebnisse des Projekts „Bewegung – auch für den Kopf“, welches in Stuttgart vorgestellt wurde, zeigen: die Lebenssituation von Menschen mit beginnender Demenz lässt sich mit einer Kombination aus kognitivem und motorischem Training verbessern. Dies ist die zentrale Erkenntnis des Projekts. Hierbei hat sich insbesondere die Kombination aus Heim- und Gruppentraining bewährt. „Wir brauchen beides – sowohl den Fokus auf die motorische als auch auf die kognitive Leistungsfähigkeit“, so Nadia Schott. Die



DEMENTZ LÄSST SICH VERBESSERN. Sylvia Kern /Vorsitzende der Alzheimer Gesellschaft Baden-Württemberg im Gespräch mit Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha MdL und Frank Winkler vom Verband der Ersatzkassen (vdek) unmittelbar vor der Veranstaltung am 5. Dezember 2016 im Hospitalhof in Stuttgart. Daneben Peter Schmeiduch vom Ministerium für Soziales und Integration.

Leiterin des Instituts für Sport- und Bewegungswissenschaft der Universität Stuttgart, hat die Daten ausgewertet. Die Teilnehmer mit leichten kognitiven Einschränkungen wurden in vier Gruppen eingeteilt und sechs Monate lang von den Wissenschaftlern beobachtet. Die Teilnehmer der Kraftkurse trainierten in der Sportvereinigung Feuerbach Rumpf, Arme und Beine. Die Ausdauer-Gruppe hielt sich mit Nordic-Walking und Indoor-Radfahren fit. Das Ziel der Koordinationsgruppe war unter anderem, die Verbesserung des Gleichgewichts, der Reaktions- und Orientierungsfähigkeit. Die Teilnehmer einer Kontrollgruppe taten sechs Monate lang nichts und dienten so als Vergleichsgröße. Zusätzlich erhielten die Teilnehmer wöchentlich Besuch von Studenten, die als Heimtrainer fungierten, sowie ein monatliches Denk- und

Gedächtnistraining. „Was die kognitiven Fähigkeiten anbelangt, haben sich sowohl das Ausdauer- als auch das Koordinationstraining als besonders effektiv erwiesen“, so Schott weiter. In der Motorik sorgten vor allem das Kraft- und das Koordinationstraining für eine Verbesserung. Daher benötigen Demenzpatienten alle drei Trainingsformen.

Versorgungsstrukturen weiterentwickeln

Finanziert wurde das rund 93.000 Euro teure Projekt zur Hälfte aus Mitteln des Landes, die andere Hälfte steuerten die Pflegekassen im Land bei. Das Vorhaben startete im Februar 2013 und diente der „Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen“ nach Paragraph 45 c des fünften Sozialgesetzbuches. ■

BÜCHER

Soziale Pflegeversicherung, 2015

Pflegebedürftigkeit entwickelt sich für immer größere Bevölkerungsteile zum Regelfall im Lebenszyklus. Gezeigt wird, dass Beitragssatzanpassungen insbesondere vor dem Hintergrund regelmäßiger Leistungsdynamisierungen unausweichlich sein werden. Die Beitragssatzdynamik wird dabei langfristig und über die Geburten starken Jahrgänge aus den 1950er- und 1960er-Jahren hinaus beeinflusst. Der neu geschaffene Vorsorgefonds federt finanzielle Teilbelastungen zwar ab, allerdings nur in einem sehr begrenzten Ausmaß.



Dr. David Bowles
Finanzentwicklung der sozialen Pflegeversicherung
422 S., 79 €,
Nomos Verlag Baden-Baden

Gesundheitswesen – Perspektiven

Fritz Beske beschreibt die Gründe für den Handlungsbedarf, gefolgt von konkreten Vorschlägen. Behandelt werden Themen wie Krankenhausstruktur, hausärztliche Versorgung, Qualitätssicherung, Stellung des gemeinsamen Bundesausschusses und die elektronische Gesundheitskarte. Die sich weiter öffnende Schere zwischen Versorgungsbedarf in Gesundheit und Pflege bei abnehmenden finanziellen und personellen Ressourcen erfordert Einschränkungen des Leistungskatalogs der gesetzlichen Krankenversicherung. Handeln muss die Politik!



Fritz Beske
Perspektiven des Gesundheitswesens
116 S., 24,99 €,
Springer Verlag

BÜCHER

Professionelle Gesprächsführung

Das Buch ist ein Lehrbuch für Führungskräfte, die lernen wollen, wie sie ihre Ziele im Gespräch ernsthaft verfolgen können. Erfolgreiches Führen im Alltag ist ohne Gespräch nicht denkbar – mit Mitarbeitern, Vorgesetzten oder Kunden – mit Partnern, Kindern oder Freunden. Obwohl Gesprächsführung weder Schul- noch Ausbildungsfach ist, erfordert es wie Lesen, Schreiben und Rechnen ganz spezifische Kompetenzen. Wie sich das eigene Können optimieren lässt, um das Gespräch als Mittel der Führung sinnvoll, zweckmäßig, zielorientiert und rational zu nutzen, vermittelt dieses Buch praxisnah.



Christian-Rainer Weißbach,
Petra Sonne-Neubacher
Professionelle Gesprächsführung
485 S., 14,90 €,
Verlag C. H. Beck

SGB I Allgemeiner Teil

Die vierte Auflage des Berliner Kommentars SGB I von Werner Lilge ist ein aktueller Wegweiser durch das Dickicht des Sozialrechts. Das Werk ist auf dem neuesten Stand der Gesetzgebung und Rechtsprechung. Dank seiner verständlichen Sprache und der praxisorientierten, ausführlichen Erläuterungen ist dieses Werk als Auslegungshilfe ein unentbehrlicher Begleiter durch sämtliche Sozialrechtsfälle. Der Kommentar unterstützt im gesamten Sozialrecht.



Werner Lilge
SGB I Allgemeiner Teil
1426 S., 118 €,
Erich Schmidt Verlag

PRÄVENTIONSGESETZ

Prävention und Pflege – neue Chancen für die Gesundheitsförderung



Im Rahmen einer Dienstbesprechung „Kommunale Gesundheitskonferenzen der Stadt- und Landkreise“ am 24. Januar

2017 im Hospitalhof Stuttgart trugen für die Ersatzkassen mit ihrem Verband vdek, Cristina Montesinos und Frank Winkler, ihr Projekt vor. Beide waren vom Landesgesundheitsamt eingeladen worden, um über die Leitlinien und das Projekt Prävention und Pflege zu berichten, welches in diesem Frühjahr starten soll. Anwesend waren die Gesundheitsämter der 44 Stadt- und Landkreise im Land; dort sind bekanntlich auch die Kommunalen Gesundheitskonferenzen angesiedelt. Es entspann sich nach dem Vortrag eine ausführliche, aber sehr konstruktive Diskussion. Das Ministerium für Soziales und Integration war ebenso wie das Landesgesundheitsamt als Gastgeber vertreten.

IMPRESSUM

Herausgeber

Landesvertretung
Baden-Württemberg des vdek
Christophstr. 7, 70178 Stuttgart
Telefon 07 11 / 2 39 54-19
Telefax 07 11 / 2 39 54-16
E-Mail frank.winkler@vdek.com
Redaktion Frank Winkler
Verantwortlich Walter Scheller
Druck Lausitzer Druckhaus GmbH
Konzept ressourcenmangel GmbH
Grafik schön und middelhaufe
ISSN-Nummer 2193-2220